

Danziger Zeitung.

N° 16751

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postauktionsen des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insätze kosten für die Zeitteile oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Telegramme der Danziger Zeitung.

New York, 5. Nov. (W. T.) Nachrichten aus Chicago zufolge wird das Gefängnis, in welchem die verurteilten Anarchisten sich befinden, stark bewacht. Zwei Compagnien Polizeisoldaten mit Bajonetgewehren und Revolvern sind im Lager des Gefängnisses, eine andere Compagnie ist an jedem derselben. Weitere Ablösungen werden in Bereitschaft gehalten. Die Anarchisten Fielden, Schwab und Spies haben den Gouverneur gebeten, das Urtheil abzuändern. Aus allen Landesteilen gehen dem Gouverneur von Illinois Petitionen zu, welche um Milde bitten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. November.

Das neue Infanteriegewehr.

Wir wären schon vor grüner Zeit in der Lage gewesen, Symptome zu registrieren, welche darauf schließen ließen, daß unsere Heeresleitung abermals mit der Beschaffung eines neuen Gewehrs für die deutsche Infanterie umgeht. Wir haben geglaubt, dies im allgemeinen Interesse unterdrückt lassen zu sollen, aus denselben Gründen, aus denen die Fabrikation des jüngsten Repetitionsgewehrs seiner Zeit verschwiegen bleiben sollte und tatsächlich zwei Jahre lang verschwiegen blieb, obgleich namentlich in den Städten der großen Gewehrfabriken die fieberhaft betriebene Fabrikation des neuen Gewehrs naturgemäß nicht unbekannt bleiben konnte. Nachdem jedoch jetzt selbst die Berliner offizielle Presse den Schleier lüftet, ist kein Grund mehr vorhanden zum Verschleiern der bedeutungsvollen Nachricht. Heute erklärt also die Berliner "Post" ein neues Repetitionsgewehr für eine "unabweisbare Forderung". Die "Post" weist darauf hin, daß in Frankreich die Fabrikation des im vorigen Jahre angenommenen Lebelgewehres von 8 mm. Kaliber in größtem Maßstabe fortgeschreitet und binnen Jahresfrist die neue Bewaffnung vollendet sein wird, und schreibt des weiteren:

"Das 8 mm. oder, sagen wir, das kleinste Kaliber ist dem 11 mm. oder kleinen Kaliber in ähnlicher Weise ballistisch überlegen, wie letzteres dem längst aus dem Waffenmaterial verschwundenen großen Kaliber. Nun ist aber das 8 mm. Kaliber noch gar nicht das kleinste, es soll auch ein 7½ mm. Kaliber für ein Kriegsgewehr noch im Bereich der Möglichkeit liegen. Es gibt also für uns noch immer ein Mittel, die Franzosen in diesem Punkte zu überflügeln. Mit der Magazin-Einrichtung ist unser Infanterist bereits vertraut, er wird sich auch in die technischen Schwierigkeiten finden, die der engagierte Lauf für die Behandlung des Gewehrs verursacht. Einmal werden wir doch in dem Fall kommen, daß Feld- und Belästigungstruppen mit verfeindeter Munition in den Krieg ziehen; in dieser Hinsicht ist frisch gewagt — gewonnen. Weitere Vervollkommenung bezüglich des Feuergeschicklichkeit des Gewehrs abwarten zu wollen, ist überflüssig. Schneller, als es unsere Magazin-Einrichtung zuläßt, braucht kein Gewehr zu schließen."

Wenn der Vorgang Frankreichs, eines unserer mutmaßlichen Gegners im nächsten Kriege, uns das Gebot auferlegt, an eine wirkliche Bewaffnung unserer Infanterie in Völde zu denken, so ist in diesen Tagen ein neuer auffordernder Grund hinzugegetreten. Unser Verblüffter Österreich-Ungarn, welches bald nach dem Bekanntwerden des deutschen Vorgehens die Neubeschaffung eines 11 mm. Mehrladers in Angriff genommen, geht plötzlich von diesem Gewehr ab und wendet sich dem 8 mm. Kaliber zu. Die bereits abgenommenen Mannlicher-Gewehre sollen, auch von zu großem Kaliber abgesehen, viele Mängel besitzen und werden vielleicht ganz über Bord geworfen. Das deutsche Reich kann, wenn das finanziell nicht so günstig gestellte Österreich-Ungarn solche Oster bringt, nicht zurückbleiben; auch Italien betrachtet seine gegenwärtige Umänderung nur als einen Notbehelf und wir werden bald die Annahme eines Gewehrs kleineren Kalibers zur Neubeschaffung vornehmen. Um ein Gewehr-Modell wird unsere Gewehr-Büro-Commission nicht lange in Verlegenheit sein, die Ein-

richtung der Fabriken kann keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Die Gelöschfrage des kleinen Kalibers hat in der Lorenz'schen Verbund-Construction auf deutschem Boden ihre erste genügende Lösung gefunden. Frankreich wie Österreich haben dieselbe als Vorbild genommen. In der Pulverfrage ist Rottweil-Hamburg nicht unabhängig gewesen und stehen uns die hier gemachten Erfahrungen zur Verfügung.

Das letzte Infanteriegewehr M. 71. 84 soll das Gewehr der Truppen zweiter Linie bleiben. Wenn aber erst die Bewaffnung der Feldarmee mit dem neuen Mehrlader kleineren Kalibers durchgeführt ist, wird die Bewaffnung auch der Reserven und Landwehr mit dem neuen Gewehr sich als eine absolute Nothwendigkeit herausstellen. Es scheint fast, als sollte fürs erste der Eindruck vermieden werden, daß die Umwandlung des Mausergewehrs in einen Mehrlader eine Übereilung gewesen ist. Trotzdem jedoch erscheint es uns unverständlich, warum man offiziöserseits schon jetzt die Karten aufdeckt und das Ausland untere Reformationen anstrebt, nachdem man doch vor kurzem erst mit der Geheimhaltung der Fabrikation des jüngsten Gewehrs so gute Erfahrungen gemacht hat.

Und noch eine Bemerkung sei gestattet. Selbst die "Post" konfessiert bezüglich des jüngsten Gewehrs das "durch zwei volle Jahre ungeachtet Reichstagsverhandlungen und Massenfabrikation an drei Orten treu bewahrte Geheimnis". Wer wahrte denn dieses Geheimnis? Doch wohl, von der "vaterlandseinfühlenden" freimaurigen Presse abgesehen, auch des vorigen Reichstags "antinationale" Mehrheit! Wer bewilligte denn unter dem unscheinbaren Titel "für Vervollständigung des Kriegsmaterials" die erheblichen Summen zur Beschaffung des Repetitionsgewehrs, welchem die "Post" das Verdienst zuerkennt, "den Frieden erhalten zu haben"; — wer bewilligte diese Kosten ohne jedes Aufsehen, still, geräuschlos und ohne jede Opposition? Doch wohl gleichfalls die Mehrheit im vorigen Reichstag! Und wer war es, der diese Mehrheit mit am meisten als "unpatriotisch" verunglimpft, als "principiell gegnerisch", als den Interessen des Vaterlandes hinderlich schämte und kein gutes Haar an ihr legt? Natürlich — die offiziöse Presse, die wahrteliebende "Post" voran!

Die Verhandlungen des Landwirtschaftsrathes

finden für viele ein klärendes Ereignis. Wir haben manches erwartet — aber daß die Verhandlungen dieses von der preußischen Regierung so hoch geschätzten Organs eine solche Gangart annehmen und eine solche Fähigung tragen würden, das haben wir kaum für möglich gehalten, obwohl wir nicht zu denjenigen gehören, die wie der nationalliberale Abg. Meyer-Jens nach einem Umlauf durch Deutschland immer noch die Reaction nicht zu finden vermochten. Das, was gestern und vorgestern im Landwirtschaftsrath zu Tage getreten ist, hat auch nicht die geringsten Verübungspunkte mit jener großen Staats- und Wirtschaftspolitik, welche, nur das Allgemeinwohl im Auge behaltend, die Erwerbskräfte Preußens von kleinen Anfängen bis zu den größten Leistungen entwickelt hat.

Der arme Herr v. Miaslawski! Wie konnte dieser gemäßigte, von Conservativen sonst doch als Sachverständiger anerkannte Herr auch so unvorsichtig sein, zu behaupten, daß die Getreidezölle das Brot verheiern und die großen Arbeiterschichten und die Industrie schädigen. Wie konnte er auch so läunig sein, in dem Landwirtschaftsrath so leidenschaftliche Ansichten wie die über die Ungültigkeit von Ausfuhrprämiens gelten zu machen. Die Behandlung, die er sich hat gefallen lassen müssen, wird ihm gezeigt haben, daß es bedenklich ist, mit Gründen gegen solche Befreiungen zu kämpfen. Wie leicht wurde es dem conservativen Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Frege, den Eindruck der Rede des Herrn v. Miaslawski durch die Mahnung zu verwischen,

hr. v. M. möge in Zukunft die Verhandlungen des Landwirtschaftsrathes nicht mehr mit der Stola deutschfreimaurer Argumente führen! Unter dem Jubel der versammelten Herren fügte Herr Dr. Frege hinzu, das Gerede von der Belastung der Arbeiter gehöre in einer — Volksversammlung! Also, wer nicht bereit ist, einem Theil der Landwirthe auf Kosten der arbeitenden Klassen höhere Einnahmen zu schaffen, ist — deutschfreimaurer!

Wir haben durchaus nichts dagegen. Schänden und erniedrigen wird dies die Freimaurer wahrlich nicht. Die Situation ist jetzt völlig geklärt. Niemand kann jetzt noch im Zweifel sein. Die Frage ist nur: wird die große Mehrheit des Volkes ruhig zuschauen und weiter so thun, als ob alle diese Dinge garnicht berührten? Der gestrige Protest der Danziger Kaufmannschaft wird gewiß in weiteren Kreisen mit Freuden begrüßt werden, und wir hoffen, daß er ein vielfaches Echo finden wird. Auch heute noch bleiben wir bei der Meinung: Angesichts der Unsicherheit über die Stimmung in der national-liberalen und Centrumspartei ist eine energische Kundgebung weiter Kreise gegen solche Forderungen keineswegs aussichtslos!

Unser Berliner Correspondent schreibt uns noch unter dem gestrigen Datum über diese Frage: Bescheidenheit ist, wie die heutigen Beschlüsse des deutschen Landwirtschaftsrathes beweisen, durchaus nicht die Schwäche der Agrarier. Als der Antrag Münsterode im preußischen Abgeordnetenhaus zur Discussion stand, stellte der Landwirtschaftliche Minister Dr. Lucius zwar ein Entgegenkommen der Regierung bezüglich der Getreidezölle, d. h. von Weizen und Roggen, in Aussicht, bezeichnete aber die Erhöhung der übrigen landwirtschaftlichen Zölle und vor allem der Viehzölle nicht als erforderlich. Der Landwirtschaftsrath hat sich dadurch nicht anfechten lassen; vielleicht rechnet er darauf, daß die Forderungen möglichst hoch getrieben werden müssen, wenn noch etwas Erledigliches übrig bleibt. Daran, daß die Reichsregierung eine Novelle zum Zolltarif in dem Umfang der jetzt von dem deutschen Landwirtschaftsrath beantragten dem Reichstage vorlegen wird, ist vorläufig noch nicht zu denken. Im Übrigen wird sich, daran ist nicht mehr zu zweifeln, die diesjährige Erhöhung der Getreidezölle von ihren Vorgängern wesentlich unterscheiden. Die Herren Agrarier sind der Ansicht, daß der Handel seit Mai d. J. d. h. seit der Erklärung des Ministers Lucius, seit genug gehabt hat, sich auf die Bollerhöhung vorzubereiten; sie haben es mit dem Erlass von Sperrmautregeln so eilig, daß selbst die "Post" heute die Ansicht auspricht, der Termin, von dem ab die Nachzahlung eintreten soll, müsse so nahe als möglich an die Beschlusssatzung des Landwirtschaftsrathes gerückt werden. Nach Analogie der Anträge des Herrn Below müßten, wenn das geschieht, die Bollerhöbungen angehoben werden, etwa vom Tage der Einbringung der Vorlage in den Bundesrat — an den Landwirtschaftsrath, der ja nur eine herabende Körperfachheit privater Natur ist, kann die Gesetzgebung doch wohl nicht anknüpfen — über die Getreideeinfuhren so genau Buch zu führen, daß nach eingeholter Zustimmung des Reichstags die Differenz zwischen dem heutigen und dem künftigen Zoll nachträglich erhoben werden kann. Anscheinend sind die Agrarier durch den Widerstand der Nachsteuer bei dem Inkrafttreten des Branntweinsteuergesetzes nicht beeindruckt worden. War man doch fest überzeugt, die Erhebung der Nachsteuer und die Gewährung der verdreifachten Ausfuhrvergütung für alle am 1. Juli vorhandenen Branntwein würde bis zum 1. Oktober die gesammten Branntweinvorräte ins Ausland treiben. In Wirklichkeit aber ist die Ausfuhr gerade in den Monaten vor dem 1. Oktober noch geringer gewesen als in früheren Jahren. Hinterher hat der Finanzminister freilich sich zu exculpiren versucht, indem er hervorholte, daß die Regierungsvorlage eine

Nachsteuer nicht von 30 M. sondern von 60 M. beantragt habe. Betreffend war diese Entschuldigung nicht; wenigstens hat Finanzminister v. Scholz verklärt, dem Antragsteller zu erklären, daß eine Nachsteuer von nur 30 M. den ganzen so künftig ersonnenen Plan über den Haufen werfen würde.

Im Landwirtschaftsrath ist übrigens die Aussicht sehr gering, daß die von Herrn v. Below beantragte Rückstättung des Zolls bei der Ausfuhr von Getreide, welches nach dem Inkrafttreten von Sperrmautregeln exportirt wird, zur Annahme gelangt. In dieser Frage, wie in der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises ist der Widerstand namentlich von süddeutscher Seite so stark, daß als Compromißvorschlag bereits eine Ausfuhrvergütung von ½ des Zolls beantragt worden ist.

Einfuß des Branntweinsteuervertrages auf den Reichs- und Staatshaushalt.

Die Nachsteuer auf Branntwein dürfte, wie in den "Vol. Nachr." im Gegensatz zu den gestern erwähnten Angabe eines Hamburger Blattes constatirt wird, etwa 18 Millionen Mark im ganzen einbringen. Wie viel, führt das Organ des Finanzministers weiter aus, von diesen Aufkommen dem laufenden und wie viel dem nächsten Statthalter zu gut kommen wird, hängt davon ab, in welchem Umfange von der Berechtigung, sechsmonatlichen Credit gegen Sicherstellung zu erhalten, Gebrauch gemacht wird. Alle auf 6 Monate creditierten Steuerberäge kommen erst dem nächsten Rechnungsjahr zu gute. Dies gilt von der Nachsteuer so gut wie von der Verbrauchsabgabe selbst. Eine sichere Veranschlagung bei den durch den Betrag der Steuer wesentlich veränderten Verhältnissen nicht gut möglich. Mit den hieraus sich ergebenden Vorbehalt wird der auf das laufende Jahr entfallende Betrag auf 10 Mill. angenommen werden können, der Rest mit 8 Mill. M. würde dem nächsten Jahre zu gute kommen.

Nach Abzug der 6prozentigen Erhebungskosten, welche vorweg den Bundesstaaten zustehen, wird der Reinertrag der Verbrauchsabgabe von Branntwein für 1888/89 auf rund 108 Millionen Mark zu veranschlagen sein, und zwar einfache des Aufkommens aus den früher der Branntweinsteuergemeinschaft nicht angehörenden Bundesstaaten. Diese Summe kommt, wie die Nachsteuer, nach dem Matricularfuß zur Überweisung an die Bundesstaaten. Außer dem aus dem Branntweinsteuergesetz hierach ergebenden Überweisungsbetrag von 116 Millionen Mark werden für 1888/89 etwa 150 Millionen Mark an Überweisungen vorzusehen sein, mitin also etwa 266 Millionen Mark im ganzen. Von den letztewähnten 150 Millionen M. entfallen beinahe 20 Millionen auf die Reichs-Stempelabgabe für Wertpapiere, Lotterielose &c.; den Rest stellt der 130 Millionen Mark übersetzende Reinertrag der Zölle und der Verbrauchsabgaben dar. Dieser ist daher um etwas höher in Ansatz zu bringen, als in dem laufenden Stat.

Der Anteil Preußens an den Zöllen, der Tabaksteuer und den Stempelabgaben ist mit zusammen 89% Millionen in den laufenden Stat eingestellt, bleibt mithin hinter dem Matricularbeitrag und den Absetzen noch um ziemlich 12 Mill. Mark zurück. In dem nächsten Stat dürfte der Anteil Preußens an den Reichszubehörern sich voraussichtlich um 70 Mill. Mark vermehren. Selbst wenn daher eine Erhöhung der Matricularumlagen, bezüglich deren übrigens die bisher anderweitig mitgeteilten Zahlen kaum auf Authentizität Anspruch erheben können, unausbleiblich ist, wird jedenfalls das finanzielle Verhältnis Preußens zu dem Reich eine sehr erhebliche Verbesserung im Sinne der preußischen Finanzen erfahren.

Die diesjährigen Rekruteneinstellungen in die Armee, welche mit dem 1. November begonnen haben, werden mit dem heutigen Tage bis

Herr Schlosser gab den Valentinstimmlich vollkräftig, mit seiner Erscheinung vorzüglich zur Rolle passend, und mit seinem ausdrucksvoollen Spiel und Gesang eine Gestalt, an der schlechterdings nichts auszusetzen war: das war ein deutscher Krieger, wie er im Buch steht. Daß er sterbend gar zu viel zu fluchen hat, ist nicht seine Schuld, und Herr Schlosser führte es noch würdig genug aus, kurz diese Leistung war nichts anderes als vollendet.

Fraulein Robinson war die Rolle des Siebel zugefallen — ihr frischer Stimmlaß kam der Blumenarie ja auch vortrefflich zu statten, und sie wurde hübsch absolviert, aber was der stämmige Valentinstimmlich nichts auszusetzen hatte, wo er für Gretchen seinen "männlichen" Schutz zur Verfügung stellte! Hätte es nicht nahe gelegen, da die Rolle immer von Mezzosopranen gefüllt wird, sie Fräulein Bernhard zu geben?

Herr Walter spielte die Martha sehr stilvoll und angemessen; ihr Gesang war von wohltuend frischem Klang. Auch sie verriet aufs dankenswerte die gewöhnlichen Späße der Sängerinnen in der Gardencene, auch im Cosium hatte sie nichts chargiert. Die kleine, aber nicht unwichtige Rolle gelangte auf diese Weise gleichfalls zu tadelloser Ausführung.

Das Orchester brachte die wundervollen Klangerwirkungen der Oper aufs Beste zur Geltung und nirgends wurde bei der Schwierigkeit mancher Aufgaben eine Schwankung hörbar. Daß die Chöre hinter der Scene etwas rästlich klangen, ist wahr, es ist nur nirgends viel anders, so traf es auf das "Gretel" für die Tonhöhe nicht zu, und das ist schade; aber diese Momente verschwinden doch gegen den Werth des Ganzen. Die Volkscene (2. Akt) ging mit ihrem unaufhaltbaren Flusse ganz vortrefflich, die Chöre dort waren in bester Ordnung, und die Aufführung überhaupt musikalisch an Ehren reich, wofür dem Kapellmeister Herrn Kaischka nicht minder als anderen voller Dank gebührt. Auch der durchweg würdigen und reichen szenischen Ausstattung der Oper sei mit aller Anerkennung gedacht. C. F.

kaum, daß Fr. Inghoff darauf bestehen würde, es mit so vollem Stimmklang, statt ahnungsvooll fühlend, mehr mezzo voce zu geben: allem Anschein nach hat es am Arrangement gelegen, denn während des ersten Verbes machte sich die Sängerin noch mit dem Zurechtmachen des Spinnrades zu schaffen, was dem Vortrag notwendig störte, und sie konnte dann von der einmal begonnenen Art der Wiedergabe nicht mehr abweichen. Die Schmuckcene sang und spieldet Fr. Inghoff mit großer Annuth und Lebendigkeit, ohne ins Rotte zu fallen, die Gardencene und das Liebesduett mit all seinem Zauber gelangen gleichfalls vorzüglich und bildeten, da der Faust des Herrn Neydhart ganz auf gleicher Höhe stand, Glanzpunkte der Aufführung. In der Scene mit dem sterbenden Valentinstimmlich hätten wir im Spiel den Ausdruck der trostlosen Verzweiflung und die Vergeblichkeit des Besuches, den Bürndern zu beschwichtigen, gern manngünstiger ausgespielt gehabt. Die Kirchencene dagegen spieldet Fr. Inghoff wieder sehr lebensvoll. Die Kerkercene wäre wohl noch geistiger, pacender im Ausdruck des Wahnsinns zu denken, und die Erinnerung an die erste Begegnung noch mehr nur visionär vorzutragen. Die Hymne mit ihrer dreifachen Steigerung war wiederum eine wohlgelegte und glänzende Leistung. Wir möchten Fr. Inghoff nur empfehlen, gegebenen Ortes noch zartere Saiten aufzuziehen, es würde dies auch die stark leidenschaftlichen Stellen der Rolle noch mehr herausheben, die Vorzüge der Sängerin in noch hellerem Licht zeigen. Die anfangs kritische Aufnahme von Seiten des Publikums hatte Fr. Inghoff am Schluss in risikohaltigen Beifall verwandelt.

Herr Neydhart gab von dem Faust ein wie immer fein durchdachtes, würdig angelegtes Ganzes, dessen Höhepunkt, wie bereits angedeutet, in dem Liebesduett lag. Hier zeigte Herr N. sich auch stimmlich voll disponirt, und dabei war es noch ein Vergnügen, wie beide Künstler auf alles unbedarf schmackholt, allzu französisch verzichteten, und machvoll, aber ohne im geringsten der Wärme des Affection Abbruch zu thun, in den Grenzen deutschen

auf eventuell nachträglich einzuberuhenden Erfas für Staatsrechte abgeschlossen sein. Bei einer Vergleichung der diesjährigen Etat-Daten mit den im vorigen Staatsjahr zur Einstellung gelangten dienstpflichtigen Mannschaften ergeben sich gemäß der erhöhten Friedensstärke des Heeres, abgesehen von den neu formierten Truppenteilen der Infanterie, Artillerie, des Eisenbahn-Regiments und des Trains, für die einzelnen Truppenkörper folgende Verschiedenheiten:

Nach den Feststellungen über die Rekrutierung der Armee für 1887/88 vom 10. Februar er. sind zum Dienst mit der Waffe eingestellt worden: bei den Bataillonen der Infanterie mit hohem Etat je 230 Rekruten gegen 225 Rekruten pro 1886/87; bei den Bataillonen mit niedrigem Etat 200 gegen 190; bei den Jäger- und Schützenbataillonen, wie im Vorjahr, je 190 Rekruten; bei jedem Cavallerieregimente ebenfalls, wie bisher, mindestens 150 Rekruten. Bei der Artillerie ist der Erfassbedarf gegen 1886/87 sehr verschieden. Im diesjährigen Etat werden die Feldbatterien, auch die reitenden, nach hohem und niedrigem Etat unterschieden, ebenso die Bataillone der Fuß-Artillerie, ein Unterschied, den die vorjährige Rekrutungs-Feststellung noch nicht kannte. Pro 1887/88 sind bei jeder Feldbatterie mit hohem mindestens 35, mit niedrigem Etat mindestens 30 gegen allgemein 30 Rekruten pro 1886/87 eingestellt worden; bei jeder reitenden Batterie 30 bzw. 25 gegen durchweg 25. Den Fußartillerie-Bataillonen mit hohem Etat sind je 200, denen mit niedrigem je 160 Rekruten gegen allgemein 165 zugemessen worden. Bei den Pionieren und dem Eisenbahn-Regiment ist die Zahl der Rekruten mit mindestens 135 Mann pro Bataillon dieselbe geblieben. Bei den Traincompanien sind zu 3-jähriger Dienstzeit wie sonst je 10 zu halbjähriger Dienstzeit 38 gegen 44 Mann eingestellt worden.

Nach dieser Zusammenstellung sind, wenn man von dem hohen Etat einzelner Truppenteile ganz absieht und die Stärke der verschiedenen Waffengattungen gemäß des Gesetzes, betreffend die Friedensstärke des deutschen Heeres, vom 11. März 1887 zu Grunde legt, im ganzen mit dem 5. November er. zur Einstellung gelangt: bei der Infanterie (534 Bataillone) = 106 800 Mann; bei der Cavallerie (465 Escadrons) = 13 950 Mann; bei der Feldartillerie (ca. 10 920 Mann); bei der Fußartillerie (31 Bataillone) = ca. 4960 Mann; bei den Pionieren = 3040 Mann; schließlich beim Train (18 Bataillone, zu je 3 Compagnies gerechnet) = 810 Mann ohne die zu halbjähriger Dienstzeit bestimmten. In Summa würde diese Berechnung die Zahl von etwa 140 480 Rekruten für die Armee ergeben, welche sich indessen unter Anrechnung der hohen Etats nicht unwe sentlich höher stellt.

Die Neutralisierung des Suezcanals.

Die Verhandlungen zwischen den Mächten über die Neutralisierung des Suezcanals sind noch nicht abgeschlossen, ihre Fortführung aber, schreibt unser Berliner Correspondent, hat nach Versicherungen aus diplomatischen Kreisen mehr einen formalen, als sachlichen Zweck, denn in der Handlung sind die Mächte einig. Besorgnisse, als ob Italien sich bedrohlich zeigen würde, waren bereits durch das Vorgehen Deutschlands mit der Erklärung, daß der Abschluß des Vertrages als ein neues Unterfangen zur Erhaltung des Friedens zu erhalten sei, gelöst. Man wird annehmen dürfen, daß über die Stellung zu der englisch-französischen Abmachung ein Einverständnis zwischen den drei verbündeten Mächten schon während des Ganges der Verhandlungen zwischen England und Frankreich herbeigeführt war. Angaben, wonach Russland oder die Porte oder beide Mächte Einbruch erhoben hätten, werden als durchaus unzutreffend bezeichnet. Es wird dabei bemerkt, daß etwaige Auslastungen der russischen Flotte in keiner Weise als maßgebend für die Politik zu erachten seien. An einer Zustimmung sämtlicher Mächte zu dem Vertrage sei jedenfalls zu zweifeln.

Im Heeresausschuß der ungarischen Delegation rüttete gestern, wie aus Wien telegraphiert wird, der Referent Rákovsky an den Kriegsminister eine Anfrage wegen Verwendung des außerordentlichen Credits von 52% Mill. Gulden. Bevorher verlangte auch eine vollständige schriftliche Berechnung in Bezug des tatsächlich verausgabten Vertrages. Der Kriegsminister, General Ohland-Rheinek, gab hierauf eine Darstellung der getroffenen Maßnahmen, deren Kosten aus diesem außerordentlichen Credit gedeckt werden. Schließlich wurde ein Antrag des Ministerpräsidenten Tisza angenommen, wonach die Ausführungen des Kriegsministers mit dem Zusage zur Kenntnis zu nehmen, daß die weiteren Verfassungen seiner Zeit im Zusammenhang mit der Schlussrechnung zu treffen seien und daß das Verfügungssrecht über die bisher nicht in Anspruch genommenen Summen aufhöre. Das ordentliche Heeresbudget wurde hierauf im allgemeinen angenommen.

An der ägyptisch-sudanesischen Grenze ist noch immer keine Ruhe eingelehnt. Die blutigen Reibungen mit den Rebellen dauern fort. Den neuen Nachrichten aus Wady Halfa zufolge stehen 2500 sudanische Streiter in Sarras, welches befestigt wird, und 3000 zwischen diesem Orie und Dongola. Die Garnison von Wady Halfa wird durch ein schwarzes Bataillon Gendarmen weiter verstärkt werden. Ferner verlautet, der Balkel von Dongola, der sich gegenwärtig in Cairo aufhält, habe sich erbosten, Dongola mit dem Beistand der ägyptenfreundlichen Stämme für die ägyptische Regierung wieder zu besetzen, wenn die Regierung ihn mit Waffen und 40 000 Pfund Sterling versiebt. Die Regierung hat eingestimmt, dies zu thun, vorbehaltlich gewisser Stipulationen, welche dazu dienen, die Treue des Balkel zu verbürgen. Die ägyptische Armee hat den Befehl erhalten, sich für den Feldzug jenseits der Grenze vorzubereiten.

Deutschland

△ Berlin, 4. Novbr. Im Bundesrathre werden mit Anfang der nächsten Woche die Ausschusseratungen über den Etat beginnen. Von den einzelnen Etats fehlen noch die der Post- und Telegraphenverwaltung, der Militäraut und der Etat des Auswärtigen Amtes. Viel Zeit ist den Beratungen der Ausschüsse und des Plenums nicht verblieben, da ja auch die Drucklegung des Etats genauer Zeit in Anspruch nimmt und der Etat in der letzten Woche dieses Monats voraussichtlich schon im Reichstag zur ersten Lesung gelangen wird. Es bestätigt sich übrigens, daß man daran gedacht hat, den Reichstag erst im Januar nächsten Jahres zu berufen, daß aber davon Abstand genommen worden ist, weil man vor Weihnachten noch das Gesetz wegen Erhöhung der Getreideölle und die Verhandlung über den österreichischen Handelsvertrag erledigen wollte. Alle vorbereitungen zur Getreideölvertrag sind so getroffen, daß die schließliche Aufführung ohne jeden Zeitverlust erfolgen kann. Der Entwurf wird im Reichstag ausgearbeitet; im Reichstage würde seine Vertretung, wie man hört, dem Staatssekretär im Reichsschatzamt Dr. Jacobi und dem Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius obliegen.

* [Bundesratsbeschluß.] Der Bundesrat beschloß vorgestern, der Eingabe des Verbandes selbständiger Conditors um Abgrenzung des Conditorgewerbes gegenüber dem Bädergewerbe — dem letzteren soll die Herstellung seiner Bäderreien untersagt werden — keine Folge zu geben. Dem deutschen Fleischerverbande in Lübeck wurden die Rechte einer juristischen Person ertheilt.

* [Für den Fall der Verfaßung des preußischen Staatsrats] zur Begutachtung der Grundzüge der Alters- und Invalidenversicherung soll in Abhängigkeit des Vicepräsidenten des Staatsrats, Fürsten v. Bismarck, Staatsminister v. Bötticher zum Stellvertreter des Staatssekretärs des Staatsrats, der durch das Ableben des Herrn v. Möller erledigt ist, soll der Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Magdeburg, in Aussicht genommen sein. Präsident des Staatsrats ist ebenfalls der Kronprinz.

* [Tabakbau-Statistik.] Im Septemberheft zur Statistik des deutschen Reiches finden sich bereits kurze Angaben über den Flächeninhalt der im laufenden Jahre mit Tabak besetzten Grundstücke, sowie über die Zahl der Tabakpflanzer und der Tabakpflanzungen im deutschen Volksgebiet:

Danach hat im allgemeinen der Tabakbau wiederum etwas angenommen, denn es wurden von 180 141 (1886 176 718, 1885 175 192) Pflanzern 256 773 (246 777, 257 257) Grundstücke in der Gesamtgröße von 2146 743 (1984 303, 1928 859) Ar mit Tabak besetzt. An der Zunahme des Flächeninhalts, die im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 162 441 Ar oder 8% beträgt, sind hauptsächlich Baden mit 100 864 und Bayern mit 54 265 Ar beteiligt; eine einigermaßen beträchtliche Zunahme hat außerdem noch in Hannover (7033), Württemberg (6800), im Rheinland (5145), in Westpreußen (4135), in Hessen (3504) und in Pommern (2567) stattgefunden, wogegen der Tabakbau in Elsaß-Lothringen um 22 478 Ar, in der Provinz Sachsen um 322, in Braunschweig um 617 und in Brandenburg um 592 Ar zurückgegangen ist. Die Bedeutung der einzelnen Staaten bezw. preußischen Provinzen für den Tabakbau ergibt sich aus folgender Zusammenstellung: Es waren im laufenden Jahre mit Tabak bebaut in Baden 790 640 Ar, in Bayern 299 058, in Brandenburg 233 714, in Elsaß-Lothringen 233 603, in Pommern 116 728, in Hessen 89 372, in Hannover 49 480, in Westpreußen 47 588, in Rheinland 44 357, in Württemberg 31 450, in Schlesien 19 107, in Ostpreußen 16 032, in der Provinz Sachsen 15 729, in Mecklenburg 14 142, in Hessen-Nassau 12 755 und in den übrigen Staaten 11 076 Ar. In allen anderen Staaten bzw. Provinzen erreichte der Tabakbau noch nicht den Umfang von 10 000 Ar.

Nordhausen, 2. Novbr. Wohl noch nie hat in unserer, jetzt ca. 30 000 Einwohner zählenden Stadt eine so große Geschäftslösigkeit geherrscht — schreibt man der "Post" — wie gegenwärtig, da unsere Hauptindustrie, die Kornbrautweinfabrikation, zur Zeit fast gar nichts zu thun hat. Dies ruht hauptsächlich daher, daß nicht nur die Gastr. und Schankwirthe, sondern auch die Wieder verkäufer und viele Privatpersonen sich vor dem Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuergesetzes auf längere Zeit mit Branntwein versorgt haben, so daß sie nun Wochen, ja Monate lang keinen neuen Bedarf haben. Die letzten Tage vor dem 1. Oktober konnten unsere Branntweinfabriken die Massen der eingehenden Aufträge kaum bewältigen: um so empfindlicher ist der Rückslag, der nun eingetreten ist und auf die ganze Stadt läßt. Insbesondere wird das Böttchergewerbe dadurch in Mitleidenschaft gezogen, indem in den letzten Tagen aus Mangel an Arbeit ca. 30 Gesellen entlassen werden müssen. Überhaupt ist unsere Stadt in den letzten Jahren keineswegs ihrer Einwohnerzahl entsprechend auch gefährlich vorwärts gegangen. Dies hat seinen Hauptgrund darin, daß außer der Branntwein- und Tabak Industrie, welche unter den Steuer- und Monopolbeamnungen der letzten Jahre so viel zu leiden hatten, hier keine andere nennenswerte Industrie betrieben wird. Auch die Weberei, die früher in großer Blüthe stand, nimmt von Jahr zu Jahr an Umfang und Bedeutung, vor allen Dingen aber an Geschäftsgewinn ab. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn unsere Kapitalisten in Erwägung ziehen wollten, ob nicht durch Einführung neuer, Gewinn bringender Industriezweige dem sonst drohenden Rückgang unserer Stadt vorgebeugt werden könnte.

Braunschweig, 4. Nov. Das Staatsministerium wird eine bedeutende Erhöhung der Civiliste des Regenten Prinz Albrecht bei dem braunschweigischen Landtag beantragen.

Leipzig, 4. Nov. Dem "Leipziger Tageblatt" zufolge ist seitens des Concurzverwalters und auf Besluß des Gläubigerausschusses den Aufsichtsräthen der Leipziger Diaconio-Gesellschaft die schriftliche Aufforderung zugegangen, sich innerhalb acht Tagen zu erklären, ob sie ihre Verpflichtung zur Schiedsgerichtssetzung der Gläubiger anerkennen und ebenso, ob sie dieselbe Verpflichtung den Actionären gegenüber einkümmern.

Darmstadt, 4. Novbr. Der Großherzog und Prinz Heinrich von Preußen sind heute Vormittag zur Jagd nach Springe abgereist.

* In Bayern ist die Denaturierung des zu Lacken und Polituren verwendeten Spiritus mit Terpentinöl gestattet worden.

München, 4. November. Die Kammer der Abgeordneten nahm die eingelieferten Artikel und demnächst das ganze Pfändungsgesetz einstimmig an.

Spanien.

Madrid, 4. November. In dem Prozesse gegen den des Attentates auf Marschall Bazaïne angeklagten Hillstrand erklärten die Verzeite, daß der selbe zwar mit Beweisen gebrandt habe, aber unter dem Eindruck einer zeitweiligen Geistesstörung.

(W. T.)

Belgien.

Brüssel, 4. Novbr. In Produktionshäusern haben sämtliche Grubenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. In Quarzgn und Pâturages feiern jetzt noch 420 Grubenarbeiter.

(W. T.)

Danzig, 5. November.

Wetteransichten für Sonntag, 6. November, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Veränderliche Bewölkung, vielfach trübe, bei meist schwächer bis mäßigster, zeitweise aufrissender Luftströmung, mit Niederschlägen. Temperatur wenig verändert.

Am 6. Novbr.: S.-A. 7.12, S.-U. 4.15; M.-A. 8.23, M.-U. bei Tage. — Am 7. Novbr. S.-A. 7.14, S.-U. 4.13; M.-A. 9.38, M.-U. bei Tage.

* [Militärisches.] Wie das "Frank. Journ." hört, soll das neue erleichterte Gerät in der Armee zum 1. April nächsten Jahres eingeführt werden. Die jetzt zur Einstellung kommenden Rekruten werden daher gehalten, sich die sogenannten kleinen Monturstücke nach den neuen Vorschriften anzuschaffen. So sind u. a. die Bürteln nach dem neuen Modell bedeutend leichter und kleiner.

* Der Transportdampfer "Eider", welcher bereits über 25 Jahre in der kaiserlichen Marine als solcher Dienste geleistet hat, ist in Folge einer auf seiner letzten Reise von Kiel nach Danzig erlittenenavarie in Kiel durch Untersuchung auf fernere Gesundheit in das dortige Kadett aufgenommen und es steht die Condernierung des sehr abgenutzten Fahrzeuges zu erwarten.

An seine Stelle soll das auf der Danziger Werft im Bau begriffene Transportfahrzeug "Erlas Eider" treten, welches ebenfalls, wie die alte "Eider", in seinen Dimensionen den Verhältnissen der Schleusen des alten Eider-Kanals angepaßt ist.

* [Personalien.] Die Referendarien Kruse aus Danzig und Bohm aus Graudenz sind zu Gerichtsreferendoren, der bisherige kommunale Kreis-Schulinspektor, Warmer Theodor Steuer in Rosenberg ist zum Kreis-Schulinspektor, der Landrichter Kratzel in Lübeck zum Ober-Landesgerichts-Rath in Königsberg, die Rechtsanwalte Mahlendorff in Cölln und Settegast in Lübeck zu Notaren ernannt worden.

* [Ordensverleihung.] Dem Hauptzollamts-Assistenten a. D. Labureau zu Danzig ist der Kronen-Orden 4. Klasse verliehen worden.

* [Verstorber Landmann.] Gestern starb in Berlin nach schwerem Leiden der dortige Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler, königl. Kommissionsrat Gerhard Bernstein im 68. Lebensjahr. Der Verstorbene stammte aus Danzig, wo noch mehrere Verwandte leben. Er hatte hier das Buchdruckerhandwerk erlernt und war dann als mittelloser Gehilfe in die Fremde gegangen. Nachdem er in Berlin einige Zeit als Factor (Werksführer) fungirt, etablierte er eine eigene Buchdruckerei, die sein ehrlicher Fleiß und seine Umsicht im Laufe der Zeit an einem der bedeutendsten derartigen Stabelläufen erprobte und demnächst noch durch den Ankauf eines größeren Verlagsgeschäfts erweiterte, das unter seiner Leitung sich ebenfalls erfreulich entwickelte. Unter seinen Gewerbege nossen wie in allen Kreisen, zu denen er in geschäftlichen Beziehungen gestanden, hatte sein Name einen guten Klang.

* [Norddeutsche Holzbergschaftschaft. Sect. I.]

Das Schiedsgericht dieser Genossenschaft, unter Voritz des Herrn Regierungs-Assessors Dr. Adler, hatte sich gestern und heute im oberen Saale der "Concordia" mit lebhaft verschiedenen Unfällen, welche eine Rente beansprucht wurde, zu beschäftigen. Wir erwähnen davon nur die interessanteren Fälle, und zwar folgende: Der Tischler Joseph Heinrich bei G. u. J. Müller in Elbing erlitt am 15. März d. J. einen Unfall durch die Kreißäge, welche ihm die linke Hand derart zerstört wurde. Die Genossenschaft erachtete seine Erwerbsfähigkeit um 60 % verringert und setzte dementsprechend die Rente fest, mit der d. J. sich nicht einverstanden erklärte, vollauf Erwerbsunfähigkeit behauptend. Der Vertreter der Genossenschaft wußte, daß die Physikalische Rente nur von Bedeutung für den objektiven Verlust des Verletzten sind; die Beurteilung über den Grad der durch die Folgen der Verletzung hervorgerufenen Erwerbsfähigkeit stand jedoch im Vordergrunde. Verminderung allein der geistlich bestimmten genossenschaftlichen Organen, dem Schiedsgericht und Reichsverfassungsgesetz zufolge, er wußte auf eine vom R.-V.-A. bereits gefrorene Entscheidung hin, in der einem Schreiner, dem sogar der ganze linke Unterarm amputiert war, gleichfalls nur 60 % als Entschädigung zugesprochen sind, und bestritt die Abweitung der Klage, dabei noch anführte, daß der Verletzte durch den Unterricht, den ihm sein früherer Arbeitgeber unentgeltlich im Buschweiden, Abmessen und der Berechnung von Holz ertheilte, sehr bald im Stande sein wird, eine lobenhafte Beschäftigung als Fräher zu finden. Das Schiedsgericht überzeugte sich durch den Augenschein von dem Befunde, daß sich aber veranlaßt, in Berücksichtigung, daß der Arbeiter des d. J. noch durch die Folgen der Verletzung mehr geschädigt erscheine, als die Genossenschaft annimmt, die Rente auf 65 % zu erhöhen.

Ein anderer Fall betrifft die Klage der Witwe Thüsnela Steichmann mit ihren zwei minderjährigen Kindern in Schlossbawland. Der Blätzmeister Josef Steichmann hatte die Beaufsichtigung von Holzarbeitern auf dem Holzabladplatz des Herrn C. Lindau in Schnitz und kam hierbei am 11. Februar d. J. mit dem ihm vorgelegten Vorarbeiter Thümke in Konflikt, wobei ersterer zunächst auf Th. einschlug und letzterer dem St. mit der linken Hand gegen den Schläfenstock schlug, in Folge dessen St. so ungünstig auf einen Baumstamm fiel, daß er bereits nach 4 Stunden starb. Der hierfür wegen Todtshlags verfolgte Arbeiter Thümke wurde i. St. vom Schwurgericht in Bromberg freigesprochen. Die Witwe des Verstorbenen beantragte nun vor der Norddeutschen Holzbergschaft für sich und ihre beiden Kinder eine entsprechende Rente, wurde aber abgewiesen, weil die Ursache ihres Ehemannes nicht in einer Beschäftigung bei dem Betriebe, gemäß § 1 des Unfallversicherungsgesetzes, zu suchen ist, der Verlobene vielmehr bei einer von ihm vertraglich festgestellten Schädigung war. Die Witwe des Verstorbenen ist eine Tochter des Schiedsgerichtsmitglieds, der die Witwe des Todeses ihres Ehemannen nicht in einer Beschäftigung bei dem Betriebe gesehen hat. — Die letzte der heute verhandelten Klagen wurde von dem Arbeiter David Welsch in Spittel geführt. Welsch war am 5. Februar d. J. auf dem Holzstapelplatz des Herrn Albert Schulz in Tilsit jedoch constatirt, daß der Verletzte wieder gesund und arbeitsfähig war, wurde ihm die Rente entzogen, wogegen Welsch unter Berufung auf drei andere ärztliche Aussagen protestierte. Nachdem der Vertreter der Brüdergenossenschaft, Herr Claassen, die ärztlichen Angaben bemängelt hatte, ordnete der Geschäftsführer eine Verhandlung der Klage und nachmalige Wiederholung des Vertrags durch den Kreisphysikus Dr. Wolfsberg an.

* [Vincent's Vortrag.] Unter lebhafter Beteiligung des Publikums nahmen gestern die vom Kaufmännischen Verein von 1870 im Apolloalae veranstalteten öffentlichen Vorträgen abseits ihres Anfangs. Wie in voriger Saison, eröffnete auch diesesmal Herr Carl v. Vincenti aus Wien, der seit einer Reihe von Jahren hier alljährlich als Gastredner erscheint, den Reigen. Auch gestern gab er den Hören eine temperamentvolle Reisebeschreibung, die sich mit dem wenig bekannten Centrum der arabischen Halbinsel beschäftigte. Der Vortragende ist dort als wahnsinniger Kaufhändler, als welcher er sich eine Wüstensarawani anschloß, zunächst bis zu der aus einem ehemaligen tiefen Binnensee entstandenen Gof- oder Dschof-Dase und den südlich derselben noch mehrere Tagesreisen weit in die rohe Sandsteinwüste vorgedrungen, von wo er unter großen Mühsalen und Gefahren umkehrte. Richtigkeit und Wahrheit der Erzählung ist durch die heutige Reise nicht zu entscheiden, ob sie tatsächlich auf einer solchen Reise stattgefunden hat. Die Geschäftsführer der Gesellschaft, Herr Claassen, der Vortragende und der Geschäftsführer der Brüdergenossenschaft, Herr Welsch, waren in der Wüstensarawani am 1. Februar vorigen Jahres verstorben. Gestern wurde die Obduktion derselben durch die beiden Ärzte statt, um festzustellen, ob der Verlobte oder tot aus dem Thurme gefallen und sich eine Verletzung zugefügt hat. Die Eisenbahnärzte haben nämlich als mutmaßliche Todesursache Schlaganfall angenommen, von dem W. heimgesucht worden, und daß dieser nach dem Schlaganfall erlahmt sei. Die beiden Ärzte haben jedoch durch die Obduktion als unwahrscheinlich angenommen, daß dem Sturz aus dem Wagentürme ein Schlaganfall vorangegangen, sondern Brüder und Welsch lebend aus dem Thurme gefallen und dann das Gesicht gebrochen haben. Für die Witwe ist diese Feststellung von Bedeutung, denn nunmehr hat sie Ansprüche auf Unfallentschädigung. — Gestern wurde der Schlosser Wladyslaus Krausnicki von hier in der Maschinenwerkstatt auf die Eisenbahnarzte erlassen, um die Obduktion derselben durch eine in die Werkstatt fahrende Kommission, der Brüdergenossenschaft und von den Büffern der Wüste durchgeführt zu werden. Gestern wurde die Obduktion als unwahrscheinlich angenommen, daß dem Sturz aus dem Wagentürme ein Schlaganfall vorangegangen, sondern Brüder und Welsch lebend aus dem Thurme gefallen und dann das Gesicht geb

